

Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadt Beckum für die Ausführung von Lieferungen und Leistungen (ausgenommen Bauleistungen)

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER
www.beckum.de

1 Vertragsbestandteile

- 1.1 Vertragsbestandteile sind (bei Unstimmigkeiten in der nachfolgenden Reihenfolge)
- a) das Auftragsschreiben mit der Leistungsbeschreibung sowie sämtlichen erforderlichen Anlagen,
 - b) diese Vertragsbedingungen,
 - c) die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) (ausgenommen Bauleistungen) mit Ausnahme von
 - § 7 VOL/B; stattdessen gilt die gesetzliche Regelung über die Rechte der Käuferin/des Käufers bei Mängeln in § 437 BGB) und
 - § 14 VOL/B; statt dessen gilt die gesetzliche Regelung über die Verjährung der Mängelansprüche in § 438 Absatz 1 Nummer 3 BGB (Gewährleistungsfrist 2 Jahre).

Die VOL/B kann im Internet unter www.vergabe.nrw.de oder im Dienstgebäude der Auftraggeberin zu den gewöhnlichen Geschäftszeiten eingesehen werden.

- 1.2 Anderslautende Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil des Vertrags. Abweichungen von den in Abschnitt 1.1 angegebenen Vertragsbestandteilen wie auch mündliche Abreden gelten nur, wenn die Auftraggeberin sie schriftlich bestätigt hat. Dies gilt nicht für einen angebotenen Preisnachlass.
- 1.3 Rechtswirksam sind nur schriftliche und unterschriebene Aufträge der Auftraggeberin. Die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer hat den Empfang eines Zuschlags oder Auftrags innerhalb von 10 Tagen (gerechnet ab Poststempeldatum des Auftragsschreibens) der Auftraggeberin schriftlich zu bestätigen. Kommt die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer mit der Bestätigung in Verzug, so kann die Auftraggeberin nach Ablauf einer von ihr gesetzten Nachfrist vom Auftrag zurücktreten.
- 1.4 Die Rechte und Pflichten der Parteien nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften bleiben unberührt, soweit in diesen Vertragsbedingungen nichts anderes bestimmt ist.
- 1.5 Durch die Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen wird die Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen nicht berührt.

2 Preise

Die im Angebot angegebenen Preise sind – wenn nichts anderes ausdrücklich vereinbart ist – feste Preise, durch die sämtliche Leistungen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers einschließlich Fracht, Verpackung und sonstiger Kosten und Lasten abgegolten sind.

Für das Vertragsverhältnis gilt die Verordnung PR Nummer 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen.

3 Ausführung der Leistungen

- 3.1 Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung der Leistungen die Handelsbräuche, die anerkannten Regeln der Technik sowie die gesetzlichen und behördlichen Vorschriften zu beachten.
- 3.2 Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nur Gegenstände zu liefern, die zum Zeitpunkt der Lieferung den in der Bundesrepublik Deutschland durch die gesetzlichen Unfallversicherungsträger in Kraft gesetzten Unfallverhütungsvorschriften (autonome Rechtsnormen), den sonstigen Arbeitsschutzvorschriften sowie den allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln entsprechen.
- 3.3 Die Auftraggeberin ist berechtigt, sich von der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung zu unterrichten. Dazu sind ihr auf Wunsch die Ausführungsunterlagen zur Einsicht vorzulegen, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie Zutritt zu den in Betracht kommenden Arbeitsplätzen, Werkstätten und Lagerräumen zu gewähren.
- 3.4 Beschreibungen, Zeichnungen oder Muster, die die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer erhalten hat, bleiben Eigentum der Auftraggeberin. Sie sind ihr nach Ausführung des Auftrags kostenfrei zurückzugeben.
- 3.5 Betriebs-, Bedienungs-, Gebrauchsanweisungen und dergleichen sind auch ohne besondere Vereinbarung der zu erbringenden Leistung beizufügen.
- 3.6 Die vereinbarte Ausführungsfrist ist verbindlich.

Schwierigkeiten, die der fristgerechten Fertigstellung der Leistung oder Einhaltung der Lieferfrist entgegenstehen, hat die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer unter Angabe der Gründe und der zur Behebung der Schwierigkeiten getroffenen Maßnahmen der Auftraggeberin ohne Ausnahme unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Dies gilt auch dann, wenn die Auftraggeberin nicht Empfängerin der Leistung ist.

- 3.7 Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer bleibt für die Leistung auch dann verantwortlich, wenn die Auftraggeberin die für die Ausführung der Leistung erforderlichen Pläne, Zeichnungen und Berechnungen geprüft und nach diesen bestellt hat.
- 3.8 Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer soll die Leistung im eigenen Betrieb durchführen.

Die Übertragung an andere ist nur mit Zustimmung der Auftraggeberin zulässig; der Zustimmung bedarf es nicht für unwesentliche oder solche Teilleistungen, auf die der Betrieb der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers überhaupt nicht oder zurzeit nicht eingerichtet ist.

4 Anlieferung und Versand

- 4.1 Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer hat die Liefergegenstände, nach den Angaben im Auftragsschreiben, zu versenden.
- 4.2 Die Liefergegenstände sind auf Gefahr der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers frei der Verwendungsstelle zu liefern.

- 4.3 Etwaige Verpackungs-, Versand-, Fracht- oder Transportkosten sowie die durch den Versand entstehenden Nebenkosten, wie Gebühren für das Ausstellen von Frachtbriefen, Wiegegebühren, Zählgebühren usw. und etwaige am Herstellungs- oder Auslieferungsort anfallende Ortsfrachten und örtliche Gebühren (Anschluss-, Bahnhof-, Stell-, Überführung- und Umstellgebühren) sind, wenn nichts anderes vereinbart ist, durch den Preis für die Leistung abgegolten. Verpackungstoffe gehen, wenn nichts anderes vereinbart ist, ohne Anspruch auf besondere Vergütung in das Eigentum der Auftraggeberin über. Nach der Verpackungsverordnung müssen die Herstellerinnen/Hersteller und Vertreiberinnen/Vertreiber von Verpackungen Transport-, Um- und Verkaufsverpackungen zurücknehmen. Die Kosten einer etwaigen Rücknahme trägt die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer.
- 4.4 Kosten einer etwaigen Versicherung sowie zusätzliche Gebühren für Einschreib- und Wertsendungen sind, wenn nichts anderes vereinbart ist, durch den Preis für die Leistung abgegolten.
- 4.5 Zusätzliche Gebühren für beschleunigte Beförderung werden nur erstattet, wenn eine solche Beförderung vereinbart worden ist.
- 4.6 Die Kosten für die Hin- und Rückbeförderung von Werkzeug und Geräten, die für einen Aufbau bei der Empfangsstelle gebraucht werden, sind, wenn nichts anderes vereinbart ist, durch den Preis für die Leistung abgegolten.
- 5 Lösung des Vertragsverhältnisses durch die Auftraggeberin;
Verzug der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers**
- 5.1 Die Auftraggeberin kann vom Vertrag zurücktreten oder den Vertrag mit sofortiger Wirkung kündigen, wenn die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer mit anderen Bieterinnen/Bietern zum Nachteil der Auftraggeberin eine gegen die guten Sitten verstoßende Abrede zur Erzielung eines unangemessen hohen Preises getroffen hat. Dieses Recht erlischt mit Ablauf von zwei Wochen, nachdem die Auftraggeberin von dem Vorliegen der Tatsachen, die zum Rücktritt oder zur Kündigung berechtigen, Kenntnis erhalten hat. Die Tatsache einer von der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer mit anderen getroffenen Vereinbarung berechtigt für sich allein nicht zum Rücktritt vom Vertrag oder zur Kündigung des Vertrages.
- 5.2 Die Auftraggeberin kann auch dann vom Vertrag zurücktreten oder den Vertrag mit sofortiger Wirkung kündigen, wenn
- a) über das Vermögen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
 - b) Forderungen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers gegen die Auftraggeberin gepfändet werden, es sei denn, dass die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer unverzüglich ausreichende Sicherheit anbietet,
 - c) die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer den Verpflichtungen nach Abschnitt 3.3 oder Abschnitt 3.8 zuwiderhandelt,
 - d) die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten der Auftraggeberin mit der Vorbereitung, dem Abschluss der Durchführung des Ver-

trages befasst sind, mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu der Verwaltung der Auftraggeberin Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den genannten Personen der Auftraggeberin unmittelbar oder in ihrem Interesse ihren Angehörigen oder anderen ihnen nahe stehenden Personen oder im Interesse der/des einen oder anderen einer/einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden,

- e) die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen).

Solchen Handlungen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihr/ihm beauftragt oder für sie/ihn tätig sind.

- 5.3 Im Falle der Kündigung sind die bisherigen Leistungen, soweit die Auftraggeberin für sie Verwendung hat, nach den Vertragspreisen oder nach dem Verhältnis des geleisteten Teils zu den gesamten vertraglichen Leistungen auf der Grundlage der Vertragspreise abzurechnen; die nicht verwendbaren Leistungen werden der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer auf ihre/seine Kosten zurückgewährt. Die sonstigen gesetzlichen Rechte und Ansprüche der Auftraggeberin bleiben unberührt.
- 5.4 Kommt die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer mit der Lieferung beziehungsweise Leistung in Verzug, so ist die Auftraggeberin berechtigt, nach ihrer Wahl Ersatz des Verzugsschadens oder nach Ablauf einer von ihr gesetzten Nachfrist Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen oder vom Vertrag zurückzutreten. Wird die Leistung bis zum Ablauf der Frist teilweise nicht bewirkt oder hat die Erfüllung des Vertrages infolge des Verzugs für die Auftraggeberin kein Interesse, so gelten die Vorschriften des § 326 Absatz 1 Satz 3, Absatz 2 BGB. Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer hat ein Verschulden ihrer/seiner Erfüllungsgehilfen und der Unterlieferantinnen/Unterlieferanten, soweit letztere nicht von der Auftraggeberin vorgeschrieben sind, in gleicher Weise wie eigenes Verschulden zu vertreten.
- 5.5 Der Schadenersatz wegen Nichterfüllung beschränkt sich auf Ersatz des aus der Nichterfüllung entstandenen unmittelbaren Schadens. Ersatz für entgangenen Gewinn kann nicht verlangt werden.
- 5.6 Für den Fall, dass die Auftraggeberin Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangt, ist sie auch berechtigt, den noch nicht vollendeten Teil der Leistungen durch eine/einen Dritten ausführen zu lassen und Ersatz der hierdurch entstehenden angemessenen Mehrkosten von der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer zu fordern. Macht die Auftraggeberin von diesem Recht Gebrauch, so ist die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer verpflichtet, die ihr/ihm überlassenen Unterlagen (Zeichnungen, Berechnungen usw.) der Auftraggeberin sofort zurückzugeben. Diese hat unverzüglich eine Aufstellung über die Art ihrer Ansprüche der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer mitzuteilen. Die endgültige Aufstellung über die ent-

standenen Mehrkosten und über ihre anderen Ansprüche hat die Auftraggeberin der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer spätestens binnen 12 Werktagen nach Abrechnung mit der/dem Dritten zuzustellen.

6 Güteprüfung, Gefahrübergang, Abnahme und Ablieferungsort

6.1 Die Auftraggeberin kann die Vornahme einer Güteprüfung verlangen.

Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer trägt die Kosten für die nach Art und Umfang notwendige Güteprüfung.

6.2 Bei der Güteprüfung als nicht bedingungsgemäß zurückgewiesene Gegenstände hat die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer unentgeltlich und, falls die Güteprüfung nicht in der Werkstatt, Fabrik usw. der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers stattgefunden hat, auch frei Anlieferungsort durch bedingungsgemäße zu ersetzen. Erforderliche Nacharbeiten an einzelnen Leistungen, welche den Bedingungen nicht voll entsprechen, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer innerhalb einer angemessenen Frist auszuführen. Geschieht dies nicht, so kann die Auftraggeberin die Nacharbeiten auf Kosten der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers vornehmen oder vornehmen lassen.

6.3 Leistungs- und Erfüllungsort ist – wenn im Auftragsschreiben nichts anderes angegeben ist – der Sitz der empfangenden Dienststelle (Empfangsstelle). Diese ist nur montags bis freitags in der Zeit von 08:30 bis 12:00 Uhr und gegebenenfalls nach besonderer Vereinbarung zur Annahme der Lieferung beziehungsweise zur Abnahme der Leistung verpflichtet.

6.4 Lieferungen sind – soweit nichts anderes vereinbart ist – frei Verwendungsstelle anzuliefern.

6.5 Die Gefahr des zufälligen Untergangs und einer zufälligen Verschlechterung geht erst auf die Auftraggeberin über, wenn die Empfangsstelle die Leistung der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers abgenommen oder, wenn eine Abnahme weder gesetzlich vorgesehen noch vertraglich vereinbart ist, die Lieferung der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers angenommen hat.

6.6 Das Eigentum geht gleichzeitig mit der Gefahr auf die Auftraggeberin über, es sei denn, dass Leistungen bereits vor dem nach Abschnitt 6.5 für den Gefahrübergang maßgebenden Zeitpunkt der Auftraggeberin übereignet worden sind.

7 Gewährleistung

7.1 Die Eigenschaften vorgelegter Proben und Muster sowie die unter Abschnitt 3.2 genannten Eigenschaften gelten als zugesichert.

7.2 Die Gewährleistungsfrist richtet sich nach den entsprechenden Angaben im Auftragsschreiben oder in der Leistungsbeschreibung, mangels solcher Angaben nach den gesetzlichen Bestimmungen. Sie beginnt mit der unbeanstandeten Abnahme der Leistung oder, wenn eine Abnahme weder gesetzlich vorgesehen noch vertraglich vereinbart ist, mit der unbeanstandeten Annahme der Lieferung.

7.3 Durch die rechtzeitige Mängelrüge wird die Verjährung eines Gewährleistungsanspruchs so lange gehemmt, bis die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer der Auftraggeberin schriftlich das Ergebnis ihrer/seiner Prüfung des angezeigten Mangels

mitgeteilt oder die Mängelbeseitigung endgültig verweigert hat. Die Verjährung eines Gewährleistungsanspruchs wird unterbrochen, wenn die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer diesen Anspruch durch ihr/sein Verhalten anerkennt.

- 7.4 Für die gemäß den unter Abschnitt 3.2 genannten Bestimmungen vorausgesetzten Eigenschaften übernimmt die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer die Gewähr – unabhängig von einer im Übrigen geltenden Gewährleistungsfrist – für die Dauer der betriebsüblichen Nutzung, längstens jedoch für 5 Jahre.
- 7.5 Bei Mängeln, die während einer vereinbarten Gewährleistungsfrist auftreten, kann die Auftraggeberin die Beseitigung des Mangels verlangen und der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer zur Beseitigung eine angemessene Frist mit dem Hinweis setzen, dass sie nach Ablauf dieser Frist selbst die Beseitigung für Rechnung der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers veranlassen oder die sonst ihr zustehenden Rechte geltend machen werde. Der Bestimmung einer Frist bedarf es nicht, wenn die Beseitigung des Mangels unmöglich oder wenn die sofortige Geltendmachung des Anspruchs auf Wandlung, Minderung oder Schadenersatz durch ein besonderes Interesse der Auftraggeberin gerechtfertigt ist. Die Beseitigung des Mangels kann verweigert werden, wenn sie einen unverhältnismäßig großen Aufwand erfordert.
- 7.6 Die Auftraggeberin kann auch verlangen, dass ihr anstatt der mangelhaften eine mangelfreie Sache geliefert wird; sie kann der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer eine angemessene Frist mit dem Hinweis setzen, dass sie die Annahme der Leistung nach Ablauf der Frist ablehne. Der Auftragnehmerin/Dem Auftragnehmer kann auferlegt werden, binnen der gleichen Frist die beanstandeten Gegenstände fortzuschaffen. Nach Ablauf dieser Frist kann die Auftraggeberin die Gegenstände unter Wahrnehmung der Interessen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers auf deren/dessen Kosten und für deren/dessen Rechnung veräußern.
- 7.7 Die Auftraggeberin hat das Wandlungsrecht, wenn die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer die ihr/ihm gestellte angemessene Nachfrist für die Beseitigung eines von ihr/ihm zu vertretenden Mangels verstreichen lässt. Die Wandlung kann von der Auftraggeberin nur erklärt werden, wenn ihr Interesse an der Leistung durch den Mangel aufgehoben oder nicht nur unerheblich gemindert wird.
- 7.8 Zu den von der Auftragnehmerin/vom Auftragnehmer zu tragenden Kosten der Beseitigung von Mängeln gehören auch Fahrtkosten oder Wegegelder.

8 Rechnung

- 8.1 Die Rechnung ist auf die im Auftrag bezeichnete(n) Dienststelle(n) auszustellen.
- 8.2 Die Rechnung ist, wenn nichts anderes vereinbart ist, in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Die zweiten und gegebenenfalls weiteren Ausfertigungen sind deutlich als Doppel zu kennzeichnen.
- 8.3 In der Rechnung ist die Leistung nach dem Wortlaut und in der Reihenfolge der Angaben des Auftragsschreibens in Einzelansätzen nach Einheit und Menge aufzuführen. Zusammenfassende Angaben wie z. B. „hergestellt“, „ausgebessert“, „gangbar gemacht“ sind ohne nähere Bezeichnung der Leistung nicht zulässig. Abkür-

zungen, die sich auf ein Leistungsverzeichnis der Auftraggeberin beziehen, sind zulässig, wenn die Ausführung nicht von der Beschreibung der Leistung abweicht.

Auftragnehmerinnen/Auftragnehmer haben die Rechnung mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreisen) aufzustellen. Von Auftragnehmerinnen/Auftragnehmern aus der Bundesrepublik Deutschland ist die Umsatzsteuer im Falle der Auftragsvergabe mit dem am Tag des Entstehens der Steuer (§ 13 Umsatzsteuergesetz) geltenden Steuersatz zu berechnen und am Schluss hinzuzusetzen.

Auftragnehmerinnen/Auftragnehmer aus anderen EU-Mitgliedstaaten haben bei der Aufstellung der Rechnung die besonderen umsatzsteuerrechtlichen Regelungen für den innergemeinschaftlichen Erwerb zu beachten.

- 8.4 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teil- oder Schlussrechnung zu bezeichnen; die Abschlags- und Teilrechnungen sind laufend zu nummerieren.
- 8.5 Enthält ein Preis je Einheit Bruchteile eines Cents, so ist mit ihnen weiter zu rechnen.
- 8.6 Sind Angaben in der Rechnung geändert worden, so müssen die ursprünglichen Angaben lesbar bleiben.
- 8.7 Lieferscheine müssen enthalten:
Nummer und Datum,
Nummer, Datum und Geschäftszeichen des Auftragsschreibens,
die laufende Nummer einer etwaigen Teillieferung,
Angaben über Art und Umfang der Lieferung.
- 8.8 Ein Anspruch auf Bezahlung der Rechnung besteht nur, wenn ihr prüfungsfähige Unterlagen über die Lieferung beziehungsweise Leistung an die Empfangsstelle beigelegt sind; dies geschieht in der Regel mit Hilfe von der Empfangsstelle anerkannter Stundenverrechnungsnachweise, quittierter Lieferscheine oder Leistungsnachweise. Die Stundenverrechnungsnachweise müssen alle Angaben enthalten, die zur Prüfung der Rechnung erforderlich sind. Zu den Angaben gehören das Datum, die Bezeichnung des Ortes, die Namen und die Qualifikation der Arbeitskräfte, die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft und die Art der Leistung.
- 8.9 Zahlungsverzögerungen infolge unvollständig ausgestellter Rechnungen oder fehlender Unterlagen fallen der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer zur Last.

9 Bezahlung, Abtretung

- 9.1 Grundsätzlich ist bargeldlos am Sitz der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers zu zahlen.
- 9.2 Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Überzahlungen, die bei der Rechnungsprüfung durch die Aufsichtsinstanzen der anweisenden Behörde oder besondere Prüfungsinstanzen mit Einschluss des Rechnungshofs festgestellt werden, unverzüglich zurückzuerstatten.

- 9.3 Zahlung wird, soweit nicht anders vereinbart, nach Wahl der Auftraggeberin innerhalb von 14 Kalendertagen unter Abzug des vereinbarten Nachlasses oder innerhalb von 30 Kalendertagen ohne Abzug geleistet.
- 9.4 Die Zahlungs- und Nachlassfrist beginnt mit dem Eingang der prüfungsfähigen Rechnung (siehe Abschnitt 8.8) bei der benannten Dienststelle, frühestens jedoch mit dem Zeitpunkt des Gefahrübergangs gemäß Abschnitt 6.5 dieser Vertragsbedingungen.
- 9.5 Die Zahlung gilt als geleistet mit dem Zugang des Überweisungsauftrages beim Zahlungsinstitut der Auftraggeberin.
- 9.6 Zahlungen einschließlich Voraus- und Abschlagszahlungen können um Forderungsbeträge der Auftraggeberin gegen die Auftragnehmerin/den Auftragnehmer auch dann gekürzt, werden, wenn die Forderungsbeträge nicht auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruhen.
- 9.7 Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer hat eine zu erstattende Überzahlung im Sinne von Abschnitt 9.3 vom Empfang der Schlussrechnung an mit dem Zinssatz für Kredite des Landes zur Deckung von Ausgaben zu verzinsen. Dieser Zinssatz wird im Ministerialblatt des Landes NRW bekannt gegeben. Auf Anfrage teilt die Auftraggeberin die Höhe des Zinssatzes mit.
- 9.8 Eine Abtretung der Forderung der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin rechtswirksam.

10 Gerichtsstand

Liegen die Voraussetzungen für eine Gerichtsstandvereinbarung nach § 38 Zivilprozessordnung (ZPO) vor, richtet sich der Gerichtsstand für alle Streitigkeiten über die Gültigkeit des Vertrages und aus dem Vertragsverhältnis nach dem Sitz der für die Prozessvertretung der Auftraggeberin zuständigen Stelle, sofern nichts anderes vereinbart ist.